

Argumente, die zum Nachdenken Anlass geben

Warum gibt es keine Förderprogramme für das Niederrheingebiet, die die Vorsorge vor Überschwemmungsgefahren bei Unternehmen und Privatpersonen fördern?

Warum wird der Niederrhein nicht strukturell als Transitgebiet zwischen den niederländischen und deutschen Metropolen weiter erschlossen (u. a. durch Bahnlinien)?

Warum wird der geländeabsenkende Bergbau in potenziellen Überflutungsgebieten nicht beendet oder werden zumindest angemessene Flucht- und Rettungsstrategien für die Bewohner entwickelt?

Warum werden weiterhin so viele Baugebiete in potenziellen Überflutungsgebieten erschlossen?

Warum wird keine ausreichende technische Vorsorge gegen Überschwemmungsgefahren und zur Minderung von Sach- und Umweltschäden betrieben?

Warum sind überschwemmungsgefährdete Gebiete nicht längst veröffentlicht worden? Warum will man sich auf ein möglicherweise irreführendes „100-jähriges Hochwasser“ beschränken?

Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Gefahr der Deichhinterströmung ab Köln stromabwärts? Lässt die NRW-Regierung es zu, dass sich Wasser über das niederrheinische Schwemmland und die Senkungsmulden des Bergbaus bis zur Maas frei ausbreiten kann?

Weshalb ist der Hochwasser- und Katastrophenschutz auf einen GAU nicht ausreichend vorbereitet? Die Rettung von mehr als 100.000 Menschen und Tieren wäre unter anderem wegen unbekannter Fluchtwege und fehlender Rettungsmittel nahezu unmöglich.

Warum verschweigt die Landesregierung die Risiken, und warum informieren die Landesbehörden die Bewohner nicht umfassend? In NRW sollen 328 km Deiche die Bewohner schützen. Der Minister erklärt, dass davon 300 km zu sanieren seien. Dennoch wird behauptet, ein prognostizierter Abfluss von 17.000 m³/s könne bereits derzeit schadlos abgeführt werden. Daraus ergibt sich die Frage: Wer informiert die Öffentlichkeit zutreffend?

Warum trägt die Landes- bzw. Bezirksregierung nicht die hoheitliche Verantwortung für den deichgeschützten Industrie-, Transit- und Kulturräum? Warum wird diese Schutzfunktion für Hunderttausende Bewohner weiterhin im Wesentlichen ehrenamtlichen Deichverbänden übertragen? Welche staatliche Verantwortung folgt hieraus im Sinne der Daseinsvorsorge?

Welcher politischen Moral und welcher zeitgemäßen Zuständigkeitsordnung unterliegen damit die betroffenen, vielfach nicht ausreichend informierten Bewohner?

Welche Strategie wird daraus erkennbar?

Wartet man darauf, dass eine Überschwemmungskatastrophe zahlreiche Sachprobleme und Ewigkeitskosten in abgesenkten Bergbaugebieten beseitigt? Oder dient dieses Gebiet faktisch dazu, Unterlieger zu schützen, weil auf deutscher Seite kein besseres Hochwasserauffanggebiet besteht? Wenn dabei Menschen, Existenzen und Sachwerte in einer Größenordnung von über 100 Mrd. Euro gefährdet werden, wären die ökonomischen und sozialen Folgen eines Großschadensereignisses für Deutschland katastrophal.

Deutsche und europäische Gesetze und Richtlinien zur Vorsorge und Schadensminderung sind geschaffen worden, um solchen Risiken entgegenzuwirken.

Die damalige Landesregierung NRW sah offenbar keine Veranlassung, eine belastbare länderübergreifende Lösung im Sinne der EU-Richtlinie auf den Weg zu bringen. Trotz wissenschaftlicher Erkenntnisse bestand der Eindruck, es gebe nichts Wesentliches zu verbessern. – Dombrowsky-Report

HWS-Historischer Text vom 20.07.2006 – sprachlich und typografisch bereinigte Fassung.